

## Pressemitteilung

Berlin, den 21. Februar 2024

# Rechte geflüchteter Kinder in Aufnahmeeinrichtungen Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität

Inwieweit werden die universellen Kinderrechte in den Unterkünften für Geflüchtete in Sachsen-Anhalt gewahrt? Entspricht die Unterbringung von Kindern in den Aufnahmeeinrichtungen den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention? Wie kann das Kinderrecht auf Selbstvertretung und Selbstbestimmung bei geflüchteten Kindern, die gemeinsam mit ihren Familien in (Erst-)Aufnahmeeinrichtungen leben, durch- und umgesetzt werden? Diese und weitere Fragen beleuchtet der soeben erschienene Sammelband „Kinderrechte und Selbstvertretung von Kindern in Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Herausgeberin ist die Koordinatorin der Projektgruppe „Solidarische Stadtbürgerschaft – Solidarische Region Altmark“ Sevasti Trubeta.

Die Publikation richtet den Blick auf bestehende Aufnahmeeinrichtungen in Deutschland, insbesondere im Bundesland Sachsen-Anhalt. Ausgehend von einer Situationsbeschreibung geben die Autor\*innen aus Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlicher Praxis realistische Handlungsempfehlungen für die Umsetzung des universellen Kinderrechts auf aktive Teilhabe und Selbstbestimmung im Falle von geflüchteten Kindern. So könnten Kinderbeauftragte eine institutionalisierte Beschwerdemöglichkeit in einer Aufnahmeeinrichtung einnehmen. Nachholbedarf sehen die Autor\*innen bei den spezifischen Qualifikationen der dort Tätigen, wie beispielsweise in Rassismussensibilität und adäquate methodische Umgangsweisen mit Rassismus, aber auch bei den Arbeitsbedingungen, wie beispielsweise schlechtere Bezahlung und hohe Arbeitsbelastung im Vergleich zu anderen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit. Gleichzeitig plädieren die Autor\*innen für alternative Formen der Unterbringung von geflüchteten Kindern und ihren Familien in lokalen Kommunen und deren Zugang zur Bildung und Infrastruktur.

Der Sammelband ist das Ergebnis eines Fachtages der an der Hochschule Magdeburg-Stendal angesiedelten Projektgruppe "Solidarische Stadtbürgerschaft — Solidarische Region Altmark".

Alrun Kaune-Nüßlein,  
Pressesprecherin